

Niederschrift

**über die 17. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Mittwoch, 05.03.2025 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses
(Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Carsten Wannhof SPD

stell. Vorsitz

Herr Tristan Zeitter CDU

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 a) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Fabian Filatov	CDU	
Herr Christian Schimang	CDU	
Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD	
Frau Cornelia Geißler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Annegret Gronemeyer	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Sibylle Owsianowski	AfD	für Frau Prof. Dr. Haupt
Herr Luca Gerbl	FDP	für Herrn Hoppe

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 b) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Janes Delcuve	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Anne Krüger-Harms	AWO
Frau Malin Schmidt	SPE Mühle

Beratende Mitglieder gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Jürgen Scholz	Katholische Kirchengemeinde
Herr Bastian Pallmeier	evangelische Kirche
Herr Julius Buschmann	Jugendparlament
Herr Ulrich Siedentop	BÜRGERAKTION
Frau Susanne von der Heiden	Kindertagespflegepersonen

Beiräte

Frau Sabine Anna Roth	Behindertenbeirat
-----------------------	-------------------

Gäste

An Silke Bours-Krey	Bildung3 gGmbH
---------------------	----------------

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Frau Andrea Funke	Stadt Hilden
Frau Anna Maurer	Stadt Hilden
Frau Ute Piegeler	Stadt Hilden
Herr Dirk Schatte	Stadt Hilden
Frau Anja Voß	Stadt Hilden
Frau Stefanie Walder	Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Sozialhilfe, Wohngeld und Unterhaltsvorschuss - Bericht 2022 - 2024
WP 20-25 SV 50/088
- 3 Bildungs- und Teilhabepaket NRW - Bericht 2022 - 2024
WP 20-25 SV 50/087
- 4 Fachdienst Beistandschaften - Sachstandsbericht 2022 - 2024
WP 20-25 SV 50/086
- 5 Kindergartenbedarfsplanung Stadt Hilden - Fortschreibung 2025 ff.
WP 20-25 SV 40/056
- 6 Fortführung "plusKita"-Einrichtungen zum 01.08.2025
WP 20-25 SV 40/058
- 7 Richtlinien zur Ausgestaltung der Kindertagespflege ab dem 01.08.2025
WP 20-25 SV 40/059
- 8 Weiterführung der Beratungs-App Between the Lines
WP 20-25 SV 40/060
- 9 Sachstandsbericht Area 51
WP 20-25 SV 40/061
- 10 Jahresbericht ZAG des Trägers Bildung³
WP 20-25 SV III/083
- 11 Taschengeldbörse
WP 20-25 SV 51/304
- 12 Einführung des Familienportals "Guter Start NRW"
WP 20-25 SV 51/298
- 13 Arbeit des Stellwerks 2024
WP 20-25 SV 51/297
- 14 Strategische Sozialplanung - Maßnahmenbericht 2022 -2024
WP 20-25 SV III/002

- 15 Sachstandsbericht der Frühen Hilfen
WP 20-25 SV 51/302
- 16 Förderprogramm "kinderstark - NRW schafft Chancen"
WP 20-25 SV III/084
- 17 Sachstandsbericht zum Kinder- und Jugendförderplan
WP 20-25 SV III/079
- 18 Sachstand Integration
WP 20-25 SV 51/299
- 19 Sachstand Projekt- und Fördermittelmanagement
WP 20-25 SV 51/294
- 20 Sachstand Zusammen aktiv vor Ort
WP 20-25 SV 51/296
- 21 Ausschreibung des Heimatpreises 2025
WP 20-25 SV III/080
- 22 Anträge
- 22.1 Antrag der FDP vom 17.12.2024: Überprüfung und Reduzierung der gestiegenen Kosten im Bereich der Jugendhilfe
WP 20-25 SV III/082
- 22.2 Antrag Nr. 005 SPD Fraktion - Konzept Kindertagesstätten
WP 20-25 SV 40/063
- 22.3 Antrag der CDU-Fraktion für den nächsten Jugendhilfe- und Kulturausschuss ein Feinkonzept für das Area 51 zu erstellen
WP 20-25 SV 40/064
- 23 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 24 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Rm Wannhof/SPD eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Folgende Anträge, die Tagesordnung zu ändern wurden gestellt:
TOP 9 „Sachstandsbericht Area 51“: 1. Beigeordneter Eichner beantragte die Herunternahme.
TOP 21 „Ausschreibung des Heimatpreises 2025“: Rm Bauer/SPD beantragte die Vertagung.

TOP 22.3: „Antrag der CDU-Fraktion für den nächsten Jugendhilfe- und Kulturausschuss ein Feinkonzept für das Area 51 zu erstellen“: 1. Beigeordneter Eichner beantragte die Herunternahme. Zu keinem der Anträge erhob sich Gegenrede.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand zu Wort.

1 Befangenheitserklärungen

Für befangen erklärten sich

zu TOP 6 „Fortführung „plusKita“- Einrichtungen zum 01.08.2025“: Rm Zeitter/CDU, Frau Schmidt/SPE Mühle, Herr Delcuve/Paritätischer Wohlfahrtsverband

Zu TOP 7 „7 Richtlinien zur Ausgestaltung der Kindertagespflege ab dem 01.08.2025“: Frau von der Heiden/ Kindertagespflegepersonen

2	Sozialhilfe, Wohngeld und Unterhaltsvorschuss - Bericht 2022 - 2024	WP 20-25 SV 50/088
----------	--	-------------------------------

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Bericht über die Entwicklung der Sozialhilfe, des Wohngeldes und des Unterhaltsvorschusses für die Jahre 2022 - 2024 zur Kenntnis.

3	Bildungs- und Teilhabepaket NRW - Bericht 2022 - 2024	WP 20-25 SV 50/087
----------	--	-------------------------------

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen fragte, ob es einen prozentualen Überblick der berechtigten Familien gebe, die BuT-Leistungen in Anspruch genommen haben.

Frau Funke/Verwaltung erwiderte, dass es keinen Überblick darüber gebe und nur eine tagesaktuelle Zählung möglich wäre. Sie erklärte außerdem, dass diese Leistungen bis zu einem Jahr rückwirkend in Anspruch genommen werden können und dass die generelle Nachfrage auf Bildung und Teilhabe sehr hoch sei.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Bericht zum Bildungs- und Teilhabepaket NRW für die Jahre 2022 - 2024 zur Kenntnis.

4	Fachdienst Beistandschaften - Sachstandsbericht 2022 - 2024	WP 20-25 SV 50/086
----------	--	-------------------------------

Rm Zeitter/CDU erkundigte sich, ob es aktuell einen Rückstau der Urkunden gebe und ob der Ausfall überwunden sei.

Frau Funke/Verwaltung teilte mit, dass der Personalausfall und der damit verbundene Rückstau der Urkunden bereits aufgearbeitet seien. Hierzu habe die Verwaltung Unterstützung durch Urkundenübernahme aus anderen Gemeinden bekommen.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Bericht über den „Fachdienst Beistandschaften“ der Jahre 2022 - 2024 zur Kenntnis.

1. Beigeordneter Eichner führte in die Sitzungsvorlage ein und informierte, dass die Kindergartenbedarfsplanung um einige Punkte, unter anderem um den finanziellen Aspekt, erweitert wurde. Es habe außerdem eine Prüfung des Landschaftsverbandes in der Kita Mäusenest stattgefunden mit dem Ergebnis, dass die Belegung in dieser Kita zu reduzieren ist. Seitens der Unfallkasse wird es eine nähere Prüfung geben, so dass der Kitabetrieb im neuen Kitajahr mit reduzierter Platzzahl läuft. Das Bauen von Kitas sei laut Auffassung der Verwaltung erforderlich und setze die enge Zusammenarbeit mit den Kollegen aus Dez IV (u.a. Finanzservice, Gebäudewirtschaft, Bauverwaltung) voraus. Zur Umsetzung der Neubauprojekte am Salzmannweg und im Haus des Lernens in der Beethovenstraße äußerte sich 1. Beigeordneter Eichner sehr zuversichtlich.

Rm Zeitter/CDU fragte, ob alle Probleme gelöst seien, wenn diese Bauvorhaben in 2028/2029 abgeschlossen sind.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen bemängelte, dass weiterhin eine erschreckende Überbelegung vorliege. Diese habe Auswirkungen auf die Qualität und Attraktivität der Arbeitsplätze in den Kitas. Des Weiteren verwies sie auf die in der Sitzungsvorlage aufgeführte Dringlichkeit der Fortführung der geplanten Bauvorhaben und fragte, was der Jugendhilfeausschuss tun könne, um die Baumaßnahmen zu beschleunigen.

1. Beigeordnete Eichner schilderte die fachliche Auffassung der Verwaltung, dass schnell gebaut werden solle. Hierzu müsse die Kommunalpolitik Schwerpunkte im Kita- und Bildungsbereich setzen. Bezugnehmend auf die Rückfrage von Herrn Zeitter äußerte er sich positiv, dass mit Abschluss dieser Bauvorhaben die Überbelegung erstmal behoben sei, betonte jedoch, dass hier mit einigen unbekannten Faktoren, wie die Flüchtlingssituation oder eine veränderte Trägerlandschaft zu rechnen sei. Des Weiteren betonte er, dass die Inklusionsrelevanz im Zuge der Kindergartenbedarfsplanung berücksichtigt werde. Er bot Gespräche mit dem Behindertenbeirat an.

S.B. Siedentop/BA stellte fest, dass im Rahmen des Feuerwehrneubaus die Kita St. Josef geschlossen werden solle und fragte, ob das in die Kindergartenbedarfsplanung eingehe. Des Weiteren wollte er wissen, ob die angegebenen Meldezahlen aktuell seien.

Frau Roth/Behindertenbeirat erkundigte sich, ob Kinder mit Förderbedarf unter den nicht versorgten Kindern seien und ob Kinder mit Förderbedarf wiederholt nicht versorgt worden sind; hierbei nahm sie Bezug auf 3 Fälle aus dem letzten Jahr.

Anmerkung der Verwaltung zur Niederschrift: Aktuell sind vier Kinder mit Förderbedarf noch nicht mit einem Kitaplatz versorgt worden. Der Kitabedarfsplanung ist zu entnehmen, dass die Anzahl der Kinder mit Förderbedarf kontinuierlich steige.

Frau Piegeler/Verwaltung bestätigte die Aussage von Herrn Siedentop und fügte hinzu, dass die Schließung der Kita St. Josef bei der Kindergartenbedarfsplanung berücksichtigt worden sei. Ergänzend dazu sagte sie, dass die Verwaltung mit der katholischen Kirche im Gespräch sei, ob in bestehenden Häusern noch 1-2 Gruppen erweitert werden können. Die angegebenen Zahlen in der Sitzungsvorlage seien aus der Meldestatistik Januar Stand 2025 entnommen worden und daher aktuell. Sie informierte des Weiteren, dass die Verwaltung momentan in der 3. Runde der Vergabe von Kitaplätzen sei und dass die Verteilung der Plätze sich nach Alter der Kinder und auch nach dem Förderbedarf bzw. dem bedarfsgerechten Förderplatz richte.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen wies darauf hin, dass Kinder mit Förderbedarf in Regelkitas untergebracht werden sollen. Sie bat um Auskunft, ob dem Personal genug Fachstunden zur Verfügung stehen, um die Kinder angemessen zu fördern. Außerdem interessierte sie, ob ausrei-

chend Personal am Markt dafür zur Verfügung stehe.

S.B. Siedentop/BA nahm Bezug auf ein Statement der Presse, in dem geschildert wurde, dass durch verspätete Beschlüsse des Haushaltes keine Erzieher und Erzieherinnen eingestellt werden konnten.

Frau Walder/Verwaltung erwiderte, dass die Fachkraftstunden anhand der Erfahrungen der Vorjahre und dem Bundesteilhabegesetz kalkuliert werden. Für jedes Kind stehen zusätzliche Fachkraftstunden zur Verfügung. Sie wies darauf hin, dass die Stellen in den städtischen Kitas aktuell gut besetzt seien. Außerdem entkräftete sie die Aussage von Herrn Siedentop in Bezug auf die städtischen Kitas in Hilden und betonte, dass weiterhin Stellen, die ausgeschrieben und im Stellenplan vorhanden seien, besetzt werden.

1. Beigeordneter Eichner teilte ergänzend mit, dass hinsichtlich der letzten Haushaltsplanung alles bedient werden konnte, die Auswirkungen im neuen Haushaltsjahr jedoch noch nicht. Hiervon seien allerdings nicht nur die Erzieher und Erzieherinnen betroffen, sondern alle Stellen.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Hilden nimmt die aktuelle Versorgungssituation für Kinder im Alter von null Jahre bis zum Eintritt der Schulpflicht zur Kenntnis und beschließt die konkrete Planung entsprechend Punkt 2 der Erläuterungen für das Kindergartenjahr 2025/2026 ff.

Die Verwaltung wird ermächtigt, Veränderungen aufgrund geänderter Bedarfe nach der Beschlussfassung im Rahmen der Mittelanmeldung nach dem KiBiz zu berücksichtigen.

Die Jugendhilfeplanung nach dem KiBiz ist der **Anlage 3** und der **Anlage 4** zu entnehmen.

Der Jugendhilfeausschuss ermächtigt die Verwaltung, abweichende Einzelfallregelungen im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung gemäß § 55 Abs. 2 Satz 2 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) zu den zweckgebundenen Betreuungsplätzen wie in **Anlage 5** dargestellt zu treffen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

6 Fortführung "plusKita"-Einrichtungen zum 01.08.2025

WP 20-25 SV
40/058

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Hilden beschließt, die nachfolgend benannten Kindertageseinrichtungen **dauerhaft** als plusKITA – Einrichtungen gemäß § 44 in Verbindung mit § 45 KiBiz in die Jugendhilfeplanung der Stadt Hilden aufzunehmen.

	Kita	Träger	Ortsteil	Plusk. seit
1.	Caritas Kindertageseinrichtung St. Jacobus	Caritas Kreis Mettmann	Innenstadt	2014
2.	AWO Kindertageseinrichtung Kolpingstraße	AWO Kreis Mettmann	Innenstadt	2020
3.	Ev. FZ „An der Friedenskirche“	Windrose Kitaverbund	Nord	2014
4.	Städt. Familienzentrum „Kunterbunt“	Stadt Hilden	Nord	2020
5.	Ev. Kindertageseinrichtung „Sonnenschein“	Windrose Kitaverbund	Ost	2014
6.	FZ „Mühle“	SPE Mühle gGmbH	Ost	2014
7.	Ev. FZ „An der Erlöserkirche“	Windrose Kitaverbund	Süd	2020
8.	AWO FZ „Zur Verlach“	AWO Kreis Mettmann	Süd	2020

Die Verwaltung wird beauftragt, den anerkannten plusKITA - Einrichtungen vorbehaltlich der für jedes Kindergartenjahr gewährten Landesmittel einen Zuschuss in Höhe der Landesförderung für plusKITAS (aktuell 37.955,43 € jährlich) zur Umsetzung der Bildungsprozesse im Rahmen der Fördervoraussetzungen zur Verfügung zu stellen. Haushaltsmittel stehen im Rahmen der Budgetierung des Fachamtes zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen ohne Beteiligung von Rm Zeitter/CDU, Frau Schmidt/SPE Mühle und Herrn Delcuve/Paritätischer Wohlfahrtsverband wegen Befangenheit.

7	Richtlinien zur Ausgestaltung der Kindertagespflege ab dem 01.08.2025	WP 20-25 SV 40/059
---	---	-----------------------

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatungen im Jugendhilfeausschuss die erste Änderungsfassung zu den „Richtlinien zur Ausgestaltung der Kindertagespflege in Hilden“ mit Inkrafttreten zum 01.08.2025.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8	Weiterführung der Beratungs-App Between the Lines	WP 20-25 SV 40/060
---	---	-----------------------

1. Beigeordneter Eichner berichtete, dass auf politischen Wunsch hin, eine Testphase dieser APP durchgeführt wurde, jedoch nicht den Erwartungen entsprach und der Vertrag somit nicht verlängert wurde.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, den Vertrag mit dem Anbieter der APP „Between the Line“ **nicht** fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9	Sachstandsbericht Area 51	WP 20-25 SV 40/061
---	---------------------------	-----------------------

Tagesordnungspunkt 9 wurde von der Tagesordnung genommen. Der Vorsitzende gab dennoch das Wort dazu frei.

Rm Zeitter/CDU erkundigte sich, bis wann mit einem Konzept zu rechnen sei.

1. Beigeordneter Eichner erwiderte, dass die Verwaltung im Ausschuss für Kultur und Heimatpflege darüber berichten werde.

Frau Bours-Krey stellte sich und die Institution Bildung³ gGmbH vor. Sie berichtete von der zunehmenden und wichtigen Arbeit der Beratungsstelle ZAG „Zukunft aktiv gestalten“ mit jungen Hildenern zwischen 14-25 Jahren. Sie informierte außerdem über monatliche Gesprächsrunden mit u. a. diversen Schulen, dem Landschaftsverband Rheinland, der Suchtberatung und dem Sozialpsychologischem Dienst. Durch gute Zusammenarbeit der Akteure können analysierte Fallbesprechungen erfolgen.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen fragte, ob genügend Personal vorhanden sei, den Bedarf zu decken und ob die Finanzierung gesichert sei. Außerdem interessiere die Fraktion, wie die betroffenen Menschen auf das ZAG aufmerksam gemacht werden und wie das Angebot hierzu aussehe.

Frau Bours-Krey antwortete, dass es zwar keine Wartelisten gebe, die Unterstützung der jungen Hildener jedoch von dem zur Verfügung stehenden Personal abhängen. Wenn mehr Personal vorhanden sei, könne man mehr Jugendliche niederschwellig beraten. Die Finanzierung sei bis Ende des Jahres 2025 gesichert. Sie erklärte weiterhin, dass der Hinweis auf das ZAG u.a. durch die Schulen, die Agentur für Arbeit, die Internetseite, das Jobcenter, die Psychologische Beratungsstelle oder auch durch „Mund zu Mund“ Information zustande komme.

1. Beigeordneter Eichner fügte hinzu, dass das ZAG ein Erfolgsprojekt sei und in 2026 von der Verwaltung auch weiter fortgeführt werde.

Frau Roth/Behindertenbeirat wollte wissen, ob auch andere Förderschwerpunkte als die des Förderzentrum Mitte berücksichtigt werden. Sie interessierte auch, ob eine Kooperation mit dem Berufskolleg Neandertal bestehe, da dieses die einzige Möglichkeit für Schüler mit geistiger Einschränkung sei.

Frau Bours-Krey erwiderte, dass es derzeit keine Kooperation mit dem Berufskolleg Neandertal gebe, da das Projekt sich in erster Linie an Hildener richte. Eine Zusammenarbeit mit dem Berufskolleg Neandertal würde die Einbeziehung eines weiteren Wohnortes voraussetzen.

1. Beigeordneter Eichner bestätigte diese Aussage und fügte hinzu, dass das ZAG eine freiwillige Leistung aus dem städtischen Haushalt sei und deshalb vorrangig jungen Hildener Bürgern zur Verfügung stehe, aber niemand zurückgelassen werde.

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Hilden nahm den Jahresbericht 2024 des Trägers Bildung³ zum Projekt „Zukunft Aktiv Gestalten“ (ZAG) zur Kenntnis.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Bericht zur Taschengeldbörse 2024 zur Kenntnis.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Bericht zur Einführung des Familienportals „Guter Start NRW“ zur Kenntnis.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen fragte, wieviel Personal im Stellwerk für welche Bereiche zur Verfügung stehe.

1. Beigeordneter Eichner erklärte, dass sich das Stellwerk am Bedarf der Familien und der Senioren orientiere.

Die Verwaltung teilte mit, dass für die Frühen Hilfen 0,96 Vollzeitäquivalent (VZÄ), für die Familienberatung 2,43 VZÄ und für die Seniorenberatung 1,50 VZÄ zur Verfügung stehen.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen betonte in dem Zusammenhang die Wichtigkeit einer guten Personalausstattung. Des Weiteren lobte Sie das Kindertheater und erfragte, wie teuer dieses bisher war und wie es finanziert wurde.

Frau Voß/Verwaltung wies darauf hin, dass das Theater eine freiwillige Leistung sei und bisher ca. 450 € gekostet habe. Hinsichtlich der Akquise von Spenden ist die Verwaltung insbesondere für die Sicherung der freiwilligen Angebote aktiv.

Frau Roth/Behindertenbeirat bat die Verwaltung den barrierefreien Zugang des Stellwerks für Menschen mit Geheinschränkungen, sowie älteren Menschen mit Rollatoren o.ä., während der Öffnungszeiten geöffnet zu lassen. Dieser sei immer verschlossen.

1. Beigeordneter Eichner teilte mit, dass er hierzu mit dem Gebäudemanagement ins Gespräch gehen werde, um eine Lösung zu finden.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Sachstandsbericht über die Arbeit des Stellwerks 2024 zur Kenntnis.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen erkundigte sich, ob der Kinderschutzbund dieses Jahr aus dem Haushalt Geld erhalten werde.

Frau Voß/Verwaltung erklärte, dass der Kinderschutzbund aus Fördermitteln „Kinderstark- NRW schafft Chancen“ finanziert werde. Er werde nicht mit freiwilligen Leistungen aus den städtischen Haushaltsmitteln unterstützt.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Maßnahmenbericht 2022- 2024 zum Arbeitsbereich Strategische Sozialplanung zur Kenntnis.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen fragte, ob die Finanzierung gesichert und der Bedarf hierfür abgedeckt sei.

1. Beigeordneter Eichner berichtete, dass das Konzept „Sachstandsbericht der „Frühen Hilfe“ ein Schwerpunkt des Amtes 51 sei und von der Haushaltssituation abhängen, dennoch werde versucht das Angebot mit dem zur Verfügung stehenden Budget zu ermöglichen. Der Jugendhilfeausschuss nahm den Sachstandsbericht zu den Angeboten in den Frühen Hilfen in Hilden zur Kenntnis.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen bat um Auskunft, ob sich die Stadt für weitere Fördermittel beworben habe und ob Fördermittel bewilligt wurden.

Die Verwaltung teilte mit, dass die Fördermittel aus „kinderstark - NRW schafft Chancen“ bewilligt wurden. In der 2. Antragsrunde habe das Land NRW über die Freigabe weiterer Mittel noch nicht entschieden. Sobald eine Mitteilung des Landes eingeht, werde sich die Stadt Hilden wieder bewerben.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen erfragte den aktuellen Stand des Kinderparlaments und erkundigte sich nach der ausgeschriebenen Stelle im Jugendparlament.

1. Beigeordneter Eichner berichtete, dass geplant sei, das Alter der teilnehmenden Kinder im Kinderparlament anzuheben und dann im Zuge dessen das Kinderparlament mit dem Jugendparlament zusammenzuführen. Es werde eine neu definierte Stelle für beide Parlamente gemeinsam zum 01.04.25 besetzt.

Frau Piegeler/Verwaltung schilderte die aktuelle Situation im Kinderparlament. Sie stellte fest, dass diese Altersgruppe nur schwer für das Kinderparlament gewonnen werden könne, weil es zeitlich in den Rahmen anderer Freizeitaktivitäten oder Ganztagsbetreuung fällt. Des Weiteren betonte sie, dass das Thema Partizipation im Schullalltag immer mehr verwurzelt werde. Mit der neuen Stelle soll eine engere Bindung und Zusammenarbeit mit OGS-Koordinatoren und Schulleitern und Schulleiterinnen der Grundschulen geschaffen werden, um die Kinder mehr zu beteiligen, damit ein Demokratieverständnis erlernt werden könne. Hierbei zähle auch die Meinung der Kinder und Jugendlichen aus den entsprechenden Parlamenten. Sie fügte noch hinzu, dass der neue Kollege eine Einarbeitungszeit von mindestens 6-7 Monaten brauche, um die Akteure und Gegebenheiten in Hilden kennenzulernen. Erst dann könne ein Konzept vorgelegt werden.

Herr Buschmann/Jugendparlament äußerte, dass er einer Zusammenlegung des Kinder- und Jugendparlaments gegenüber positiv sei und sich eine Zusammenarbeit mit Kindern im Alter ab 10-12 Jahren vorstellen könne.

S.B. Siedentop/BA beklagte, dass Kinder bis zur 7. Klasse nicht auf politische Bildung vorbereitet werden, es müsse seiner Meinung nach schon früher angesetzt werden.

Der Jugendhilfeausschuss nahm Kenntnis von dem Sachstandsbericht der Verwaltung.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen erkundigte sich bezugnehmend auf die Sitzungsvorlage, wie viele Stunden für diese umfangreiche Arbeit zur Verfügung stehen und wie viele Stunden nötig wären?

Frau Voß/Verwaltung antwortete das hierfür derzeit 19,5 Wochenstunden zur Verfügung stehen. Sie berichtete außerdem von regelmäßigen Treffen zur Auswertung des Personaleinsatzes. Da die

Umsetzung gerade erst begonnen habe, werde sie anhand erster Erfahrungswerte im Ausschuss darüber berichten.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen bemängelte, dass Vieles geplant und vorgestellt werde, es aber an der Umsetzung fehle. Sie appellierte an die Kommunalpolitik dieses Vorhaben mit Zustimmung zu unterstützen, damit eine passende Finanzierung bereitgestellt werde, um notwendiges Personal zur Verfügung zu stellen.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

19 Sachstand Projekt- und Fördermittelmanagement

WP 20-25 SV
51/294

Nach einer Rückfrage teilte 1. Beigeordneter Eichner mit, dass das zentrale Fördermittelmanagement aktuell dem Amt 51 zugeordnet und mit 19,5 Wochenstunden bedient sei. Die Stelle fungiere als zentrale Stabstelle für allgemeine Projekte und Fördermittel und stehe diesbezüglich auch in Kooperation mit anderen Ämtern.

Die Mitglieder des jeweiligen Ausschusses nahmen den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

20 Sachstand Zusammen aktiv vor Ort

WP 20-25 SV
51/296

Zum Sachstand „Zusammen aktiv vor Ort“ erläuterte 1. Beigeordneter Eichner, dass dieses Projekt durch Fördermittel des Landes NRW ermöglicht wurde. Das Ziel sei nun, aus diesem Projekt eine Gruppe zu installieren oder einen Verein zu gründen. Es wäre eine Möglichkeit, z.B. ausgeschiedene Jugendparlamentarier dafür zu begeistern, sich gesellschaftspolitisch, ohne Parteienbindung, zu engagieren.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

21 Ausschreibung des Heimatpreises 2025

WP 20-25 SV
III/080

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

22 Anträge

22.1 Antrag der FDP vom 17.12.2024: Überprüfung und Reduzierung der gestiegenen Kosten im Bereich der Jugendhilfe

WP 20-25 SV
III/082

S.B. Gerbl/FDP führte in die Thematik des Antrages seiner Fraktion ein und wies darauf hin, dass diese Antragsvorlage nicht die Qualität der Arbeit der Jugendhilfe kritisieren wolle, vielmehr betonte er, dass die Jugendhilfe ein wichtiges Instrument sei. Der FDP Fraktion gehe es lediglich um eine ergebnisoffene Analyse und eine sich daraus ergebende Optimierung der Prozesse.

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hilden beauftragt die Verwaltung, die erheblichen Kostensteigerungen im

Bereich der Jugendhilfe etc. zu thematisieren und Lösungsvorschläge zur Minimierung dieser Ausgaben anzubieten.

Konkret schlagen wir vor, dass die Verwaltung der Stadt Hilden:

- Eine umfassende Analyse der aktuellen Ausgaben im Bereich der Jugendhilfe vornimmt,
- Erfolgreiche Modelle aus Herten und vergleichbaren Kommunen prüft und bewertet,
- Konzepte zur frühzeitigen Prävention und Unterstützung von Familien entwickelt und implementiert,
- Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Trägern und Akteuren im Bereich der Jugendhilfe optimiert.

Erläuterungen zum Antrag:

1. Hintergrund: In den letzten Jahren haben sich die Kosten für die Jugendhilfe in unserer Kommune deutlich erhöht. Diese Entwicklung stellt sowohl die kommunale Haushaltsführung als auch die Qualität der angebotenen Leistungen vor große Herausforderungen. Die Belastungen durch gestiegene Preise, personelle Aufwendungen und die zunehmende Nachfrage nach Jugendhilfeleistungen sind spürbar gewachsen und stellen eine wachsende finanzielle Belastung dar.

2. Vergleich mit Best-Practice-Städten: Es gibt jedoch vielversprechende Beispiele aus anderen Städten, die erfolgreich Maßnahmen ergriffen haben, um die Ausgaben im Bereich der Jugendhilfe zu stabilisieren oder sogar zu senken. Besonders hervorzuheben ist die Stadt Herten, die durch innovative und pragmatische Lösungen eine deutliche Reduktion der Jugendhilfekosten erreicht hat. Herten hat durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit lokalen Netzwerken, eine enge Kooperation zwischen verschiedenen sozialen Diensten sowie durch die frühzeitige und präventive Unterstützung von Familien und Jugendlichen maßgeblich dazu beigetragen, die Kosten zu senken. Die Implementierung von niedrighschwelligigen Angeboten und flexiblen Hilfsangeboten hat nicht nur zu einer besseren Versorgung geführt, sondern auch die Notwendigkeit teurerer Maßnahmen verringert.

3. Ziel: Es ist daher unser Anliegen, die Best-Practice-Ansätze aus Herten zu prüfen und auf die Gegebenheiten in Hilden anzuwenden, um die steigenden Kosten der Jugendhilfe zu minimieren und gleichzeitig die Qualität der Angebote zu sichern.

4. Fazit: Wir sind davon überzeugt, dass durch die gezielte Anwendung bewährter Praktiken und eine strategische Umgestaltung der Jugendhilfeangebote nicht nur finanzielle Einsparungen erzielt werden können, sondern auch die Lebensqualität der betroffenen Familien und Jugendlichen nachhaltig verbessert wird.

Wir bitten daher um die Prüfung dieses Antrags und die Einleitung entsprechender Maßnahmen zur Kostenreduzierung und Qualitätssteigerung in der Jugendhilfe der Stadt Hilden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 1 Ja-Stimme der FDP Fraktion, 1 Ja-Stimme der AfD Fraktion, 3 Ja-Stimmen der CDU Fraktion und insgesamt 7 Nein-Stimmen der SPD Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, der SPE Mühle, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und der AWO.

22.2 Antrag Nr. 005 SPD Fraktion - Konzept Kindertagesstätten

WP 20-25 SV
40/063

Rm Bauer/SPD merkte an, dass die Beschlussvorlage nicht zum Antragstext der SPD Fraktion passe. Sie betonte außerdem die Wichtigkeit der modernen Kitas 2030 und wünschte ein Konzept mit mittelfristigen, kurzfristigen und langfristigen Maßnahmen. Des Weiteren wies sie darauf hin,

dass sie den Antrag der SPD Fraktion aufrechterhalten und auch über den Antragstext abstimmen lassen wolle.

Rm Gronemeyer/Bündnis 90/Die Grünen bat um Auskunft, ob alle geplanten Impulse auch verfolgt werden und im Ausschuss drüber informiert werde.

1. Beigeordneter Eichner erläuterte, dass mit der umfangreichen Kitabedarfsplanung ein guter Einblick in die Zielsetzung gegeben sei. Die Verwaltung werde im Ausschuss umfänglich darüber informieren.

Daraufhin ließ Vorsitzender Rm Wannhof/SPD über den Antragstext der SPD Fraktion abstimmen.

Anmerkung der Schriftführung:

Es wurde nur über den Antragstext der SPD Fraktion abgestimmt, nicht über den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Beschlussvorschlag laut Sitzungsvorlage:

Nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss nimmt der Rat der Stadt Hilden zur Kenntnis, dass die in der Antragsvorlage 005 SPD in 2024 geforderte Konzeption „Moderne Kitas 2030“ (vgl. WP 20-25 SV 40/015) in der jährlich fortgeschriebenen Kindergartenbedarfsplanung des Fachamtes aufgeht. Ein separates Konzept wird nicht vorgelegt.

Antragstext:

Auf Antrag der SPD-Fraktion möge der Jugendhilfeausschuss die Verwaltung beauftragen, ein Konzept „Moderne Kitas 2030“ für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Hildener Kindertagesstätten zu erstellen.

Hierbei sollen die Vorschläge der Verwaltung sowohl einen kurz- als auch mittel- und langfristigen Zeithorizont abdecken und sich insbesondere auf die Aspekte *Weiterbildung, bauliche Anpassungen*

(Anbau, Ausbau und Aufstockung) sowie die *Schaffung moderner Räumlichkeiten für ErzieherInnen und Kinder* beziehen. Das zu erstellende Konzept sieht dabei ausdrücklich kurzfristige sowie auch mittel- und langfristige Ziele vor, die der zeitlichen Planung sowie der Priorisierung dienen sollen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen bei 2 Ja-Stimmen der SPD Fraktion, 3 Ja-Stimmen der CDU Fraktion, 1 Nein-Stimme der FDP, 1 Nein-Stimme der AFD und 5 Enthaltungen von Bündnis 90/Die Grünen, SPE Mühle, AWO und Paritätischer Wohlfahrtsverband

22.3 Antrag der CDU-Fraktion für den nächsten Jugendhilfe- und Kulturausschuss ein Feinkonzept für das Area 51 zu erstellen

WP 20-25 SV
40/064

Antragstext:

Die CDU-Fraktion Hilden beantragt, die Stadtverwaltung zu beauftragen, ein Feinkonzept für das Area 51 zu erstellen und dem nächsten Jugendhilfe- und Kulturausschuss zur Beratung und Abstimmung vorzulegen.

Das Konzept soll als Grundlage für die weitere Entwicklung des Area 51 dienen und eine klare Handlungsorientierung für die Stadtverwaltung sowie alle beteiligten Akteure schaffen.

Folgende Punkte sollen unter anderem im Feinkonzept erarbeitet werden:

1. Definition der Entwicklungsperspektive und Zielsetzung des Area 51 für die kommenden Jahre.
2. Erfassung aller seitens der Verwaltung implementierten Projekte und Strukturen im Bereich des Area 51.
3. Klärung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Einrichtung und deren Betrieb.
4. Erarbeitung eines Finanzierungs- und Personalplans zur nachhaltigen Sicherstellung des Betriebes.

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

23 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

1. Beigeordneter Eichner informierte darüber, dass die Sitzungsvorlage Adoptionsvermittlung aus Zeitgründen und ohne fachliche Diskussion in die Ratssitzung vorgezogen wurde. Die Verwaltung wollte den Jugendhilfeausschuss nicht übergehen und würde über den Prüfungsverlauf im Ausschuss informieren.

24 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Rm Zeitter/CDU verlas den Antrag der CDU Fraktion:

„Hiermit bittet die CDU Fraktion um Auskunft, ob es aufgrund des verspätet freigegebenen Haushalts zu Verzögerungen bei Ausschreibungen und Personaleinstellungen im von Erziehern und Erzieherinnen im Bereich Kita und/oder OGS Bereich gekommen ist. Daneben bittet die CDU Fraktion um Auskunft, welche Kitas und welcher OGS Bereich davon betroffen ist.“

Begründung:

Nach unserem Kenntnisstand konnte die Ausschreibung für von neuen Erzieherstellen nicht rechtzeitig erfolgen. Dies stellt ein erhebliches Problem dar, da der Abschluss für Erzieherinnen und Erzieher im Mai erfolgt und eine frühzeitige Ausschreibung notwendig wäre, um Bewerbungen rechtzeitig zu ermöglichen.

Wir bitten die Verwaltung um eine Stellungnahme dazu, ob und in welchem Umfang der späte Haushaltsbeschluss Auswirkungen auf Ausschreibungen und Personalgewinnung hatte.“

S.B. Siedentop/BA verlas den Antrag der Bürgeraktion:

„Zeltwiese am Abenteuerspielplatz- Nutzungsmöglichkeiten für Jugendfreizeitaktivitäten

Die zwischen dem Abenteuerspielplatz und der Sportanlage des SV-Nord gelegene Wiese diente in früheren Zeiten regelmäßig Pfadfinder-Gruppen als naturnaher Zeltplatz. In diesem Zusammenhang fragen wir die Verwaltung:

1. Welche Möglichkeiten bieten sich grundsätzlich Hildener jugendfördernden Vereinen und Organisationen, beispielsweise auch Sportvereinen, das im Eigentum der Stadt befindliche Gelände bedarfsweise für Jugendfreizeitaktivitäten zu nutzen?

2. Wie reagiert die Stadt auf Angebote interessierter jugendfördernder Organisationen und Vereine mit entsprechender Bereitschaft, das Gelände in Eigenleistung wieder soweit herzurichten, dass eine problemlose Nutzung für Jugendliche als Zeltplatz o. Ä. ohne weiteres möglich wäre?

3. Sind der Verwaltung derartige Interessebekundungen bekannt? Wenn ja, wie werden diese – zumindest ideell – gefördert?

Wir bitten um schriftliche Beantwortung der Fragen.“

Ende der Sitzung: 18:28 Uhr

Carsten Wannhof / 28.04.2025
Vorsitzender

Anna Maurer / 03.04.2025
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Sönke Eichner / 03.04.2025
Beigeordneter